



**Beschlussfassung des Studierendenparlaments  
der Universität Duisburg-Essen**



Antragsnummer: 180419\_006

Titel: Solidarität Studiproteste Frankreich + Österreich

Das Studierendenparlament hat in seiner Sitzung vom 19.04.2018 beschlossen, Solidarität mit den Protesten der Student\*innen in Frankreich und Österreich Europa wird von einer Welle studentischer Proteste erfasst. Das Studierendenparlament der Universität Duisburg-Essen zeigt sich solidarisch mit den Protesten der Student\*innen in Frankreich und Österreich, wir stehen gemeinsam gegen jede Beschränkung der Studierfreiheit ein. In den letzten Wochen war fast die Hälfte der französischen Universitäten besetzt oder mindestens an einem Tag blockiert, trotz der zu diesem Zeitpunkt stattfindenden Prüfungen. Das zeigt, wie sehr sich die studentische Lage verschlechtert und die enorme Notwendigkeit studentischen Protests. Die Einführung des neuen Gesetzes "orientation et réussite", schafft eine Selektion bei der Aufnahme des Studiums und schränkt damit das Recht auf freie Bildung ein. Die Änderung der Prüfungsordnung nimmt Student\*innen sowohl die zweite Prüfungsoption, als auch die Möglichkeit, einfacher zwischen Semestern und Kursen zu variieren und somit selbstbestimmt ihr Studium zu gestalten. Darüberhinausgehend hat in Lille, Paris (Sorbonne), Nanterre und Straßburg die Regierung Polizist\*innen eingesetzt um zu vermeiden, dass die Student\*innen eine Vollversammlung abhalten oder um gewaltsam die rechtmäßige Besetzung einer Universität zu beenden. So ein massives Vorgehen gegen studentische, basisdemokratische Selbstorganisation hat es dort seit 1968 nicht mehr gegeben und ist ein Skandal. Die Polizei hat in der Hochschule nichts verloren und darf erst recht nicht zur Niederschlagung studentischer Streiks eingesetzt werden. In Frankreich gibt es zudem ein Gesetz, welches den Einsatz von Polizeikräften innerhalb von Universitäten einschränkt, welches hiermit verletzt wurde. Wir verurteilen das Vorgehen der Polizeikräfte Tränengas und Schlagstöcke einzusetzen aufs Schärfste. In Österreich wurde die Novellierung des Universitätsgesetzes (UG), ohne dass der Student\*innenvertretung die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben wurde. Die Neufassung beinhaltet neben der Einführung des Studienbeitrages für berufstätige Student\*innen außerdem flächendeckende Zugangsregelungen an den österreichischen Universitäten. Hier wurde über die Köpfe aller Betroffenen hinweg ein Gesetz beschlossen. Die Einführung von zusätzlichen Zugangsbeschränkungen ist ein weiterer Schritt zu mehr sozialer Ungerechtigkeit an Österreichs Universitäten. Ebenfalls enthält das Gesetz nicht die Möglichkeit berufstätigen Studierenden den Studienbeitrag zu erlassen, und schafft somit eine zusätzliche Belastung. Gerade Student\*innen aus Familien mit einem sozioökonomisch schwachen Hintergrund werden unter dieser Gesetzesnovellierung massiv zu leiden haben. Das Studierendenparlament zeigt sich solidarisch mit der ÖH -Österreichische Hochschüler\_innenschaft, die deutlich gemacht hat, dass sie gegen diese Politik der Ausgrenzung mit allen möglichen Mitteln vorgehen wird.

---

Essen, den 20.04.2018

Fabian Franken

Präsidium des  
Studierendenparlaments der  
Universität Duisburg-Essen

Campus Duisburg  
Lotharstraße 65  
47057 Duisburg

LF Gebäude  
Campus Essen  
Universitätsstraße 2  
45117 Essen  
Eingang T02  
Geschäftsdienst / Sekretariat Essen  
Telefon: (0201) 183-2349  
Fax: (0201) 183-4149  
Öffentliche Verkehrsmittel Duisburg  
Straßenbahn Linie 901  
Bus Linien 923, 924 u. 933

Öffentliche Verkehrsmittel Essen  
U-Bahn Linien 11, 17, 18  
Straßenbahn Linien 101, 103, 105, 109 Bus Linien CE 45, CE 47, D16, 166, 176, 188, 196